

Ihr eine Grundlage zu Verhandlungen erdlichen könne. Rumänien scheint also bereit zu sein, seiner Lage Rechnung zu tragen.

Pichons „Enthüllung“.

Eine deutsche Erklärung.

Ueber die von uns gestern mitgeteilte Enthüllung des französischen Ministers des Auswärtigen über die deutsche Forderung der Befreiung von Toul und Verdun schreibt die „Revue“ d. 2. März:

„Bei der großen Kundgebung in der Sorbonne, wo die Brut der französischen Rebanchepolitik, der nochmal die alten fanatischen Rufe nach Elfsah-Vorfüringen erhoben, meinte der Minister Pichon, mit der neuentdeckten Instruktion vom 31. Juli einen großen Trumpf anzupfeifen. Wie steht es damit? In jenem Tage hatte der deutsche Botschafter die Aufgabe, Gewißheit über die Haltung Frankreichs herbeizuführen. Sein Auftrag war, die französische Regierung zu befragen, ob sie im russisch-deutschen Kriege neutral bleiben wolle. Seine Instruktionen hatten folgenden Zusatz:

„Wenn, wie nicht anzunehmen ist, die französische Regierung erklärt, neutral zu bleiben, wollen Eure Excellenz der französischen Regierung erklären, daß wir als Pfand für ihre Neutralität die Ueberlassung der Festungen Toul und Verdun fordern müßten, die wir begeben und nach Beendigung des Krieges mit Rußland zurückgeben würden.“

Der deutsche Botschafter ist nicht in die Lage gekommen, von diesem Zusatz seiner Instruktionen Gebrauch zu machen, denn der französische Ministerpräsident erwiderte bereits auf die Frage der französischen Neutralität, Frankreich werde das tun, was seine Interessen ihm gebieten. Schon am 29. Juli aber hatte die französische Regierung das Gebot der Interessen Frankreichs dahin endgültig festgelegt, daß sie in Petersburg die Bereitschaft zur Waffenhilfe erklärte. Frankreich hatte sich also zum Kriege entschieden, ehe Herr v. Schoen die französische Regierung über ihre Haltung befragte. Der Fall, dessen Eintreten die deutschen Instruktionen als unwahrscheinlich betrachteten, war schon von vornherein ausgeschlossen. Da Frankreich aus keinem Entschluß, nicht neutral zu bleiben, kein Hehl machte, ist es überflüssig nicht zu Verhandlungen über etwaige Abänderungen der französischen Neutralität gekommen. Wie Herr Pichon zugibt, hat die französische Regierung erst kürzlich von jenem Zusatz der deutschen Instruktionen Kenntnis erhalten. Die Entschlüsse der damaligen französischen Regierung sind ganz unabhängig davon gefaßt worden. Für die Beurteilung des französischen Kriegswillens in den entscheidenden Tagen kommt somit diesem Punkte keine Bedeutung zu.

Wir können also über diese Reminiszenz vom 31. Juli 1914 ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen, da aber Herr Pichon trotz genauer Kenntnis der wiesentlichen Vorgänge für einen so erheblichen Wert beizulegen scheint, wollen wir doch noch kurz bei der Frage verweilen, wie denn die Sachlage gewesen wäre, wenn die französische Regierung in ihrer Antwort vom 1. August Neutralität zugesichert hätte? Die bloße Zusage der Neutralität wäre uns natürlich ohne jeden Wert gewesen. Frankreich hätte es ganz in der Hand gehabt, wie lange es in der Neutralität auf der Dauer liegen wollte. Es konnte in jedem ihm passenden Augenblick von der Neutralität zur Feindseligkeit übergehen. Man braucht dabei nur an Italien und Rumänien zu denken. Dazwischen hätten feste Sicherungen militärischer Art geschaffen werden müssen. Daß die deutsche Regierung bereit gewesen wäre, auch andere Wege zu prüfen, als die in der nicht ausgeführten Instruktion an Herrn v. Schoen bezeichneten, ergibt sich aus Folgendem: Noch im letzten Augenblick am 1. August schied sich eine Möglichkeit in der von dem deutschen Botschafter in London nach Berlin gemeldeten Erklärung Sir Edward Greys zu bieten, ob für den Fall der französischen Neutralität das Unterbleiben eines deutschen Angriffs auf Frankreich zugezogen werden könne. Die deutsche Regierung erklärte sich sofort bereit, heraus einzugehen, falls sich England mit seiner Streitmacht für die unbedingte Neutralität Frankreichs verbot. Die Anfrage stellte sich jedoch noch am gleichen Tage als ein Mißverständnis heraus. Die französische Neutralität lag nicht im Plane der Entente. Frankreich wollte die Neutralität nicht und auch England rührte keinen Finger, um sie herbeizuführen. Das ist der wahre Zusammenhang der Dinge. Herr Pichons Fund ändert nichts daran.

Was will Japan?

Japanische Ariegeerklärung an Rußland?

Nach der „Revue“ kündigen einige russische Blätter die Ariegeerklärung Japans an die maximalistische Regierung als bevorstehend an.

Eine Landung in Wladiwostok.

Im Gegensatz zu den umlaufenden Gerüchten über die japanische Intervention in Ostasien nimmt ein neuer, in London ausgearbeiteter Plan bestimmtere Formen an. Danach soll eine Kolonne von 25-30000 Mann, die aus amerikanischen, japanischen und britischen Truppen besteht, nicht eine nur japanische Armee, in Wladiwostok landen und längs der Sibirischen Eisenbahn möglichst so weit vordringen, daß die Hauptquellen Sibiriens bis zum Ural gesichert werden. Diese Aktion werde angeblich im Namen der neuen sibirischen Republik gesehen.

Der Pariser „Herald“ meldet aus New York, daß ein größeres amerikanisches Geschwader nach Ostasien auslaufe mit dem Bestimmungsziel Wladiwostok.

Ein japanisches Heer in der Mandchurie.

„Daily Telegraph“ meldet aus Shanghai: Die Anwesenheit japanischer Kriegsschiffe wird von verschiede-

denen Punkten der chinesischen Gewässer gemeldet, doch fehlen Transportdampfer. Landungen haben bislang nicht stattgefunden. In Nordchina fanden größere Truppenbewegungen nach den Grenzen statt, doch verhalten sich die Behörden über den Zweck der Maßnahmen schweigsam. In der Bevölkerung wird allgemein die Ankunft eines größeren japanischen Heeres in der Mandchurie erwartet.

Furcht vor Verständigung Japans mit Deutschland.

„Echo de Paris“ bespricht, Japan könnte sich bei einer eventuellen Intervention mit Deutschland verständigen. Angesichts des russischen Zusammenbruchs sei Japan vor die Wahl gestellt, entweder sich mit Deutschland zu verständigen, oder aber mit allen Mitteln am Kampfe gegen Deutschland teilzunehmen. Das Blatt hält die Befreiung von sibirischen Gebieten in beiden Fällen für unvermeidlich. „Action Française“ schreibt, wenn Japan für die Entente als Gegengewicht zum russischen Zusammenbruch dienen solle, dürfe die Entente die japanischen Ansprüche nicht beschränken und Japan wegen seines Imperialismus keine Schwierigkeiten bereiten.

Eine halbamtliche Note.

Der Pariser „Temps“ veröffentlicht folgende Note: Informationen aus Washington besagen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, ohne den Wunsch zu betonen, selbst mit Japan über die Intervention zu unterhandeln, welche dies Land vielleicht in Sibirien durchzuführen beabsichtigt, wie die Alliierten in Europa Verständnis für den legitimen und dringenden Charakter dieser Maßnahme besitzen. Es sind daher die Alliierten in Europa und insbesondere das Japan verbündete Großbritannien, denen es zukommt, der japanischen Regierung Genehmigung zu gewähren, welche mit Recht wünscht, daß die Art und die Folgen ihrer Intervention in einem gemeinsamen Abkommen festgelegt werden, aber es verteidigt sich von selbst, daß die Alliierten in Europa beständig Sorge tragen würden, die enge Gemeinschaft der Geschichtspunkte zwischen sich und der Washingtoner Regierung aufrecht zu erhalten, welche unmittelbar daran interessiert ist, zu verhindern, daß der deutsche Einfluss sich bis an den Stillen Ozean ausbreite.

Aus dieser Note scheint, so wahr sie gehalten ist, mit Sicherheit hervorzugehen, daß zwischen Amerika und Japan viele Meinungsverschiedenheiten über das Eingreifen des letzteren bestehen, die sich die Alliierten mit allen Kräften in beschleunigter Bemühung.

Englisches Blutgericht in Irland.

Erhängung von Hungerstreikern.

Die Londoner „Morning Post“ berichtet aus Dublin: Im Laufe der letzten Wochen sind auf Grund des Kriegsstandes die Mitglieder des Präsidiums der Sinnfeiner getötet worden.

Diese Meldung ist etwas dunkel. Es soll damit ohne Zweifel gesagt werden, daß führende Mitglieder des Sinnfeinerverbandes vor ein Kriegsgericht gestellt und standrechtlich erschossen worden sind — eine Illustrationsprobe zu der Art, wie England sich das Selbstbestimmungsrecht der Völker vorstellt, wenn sie unter seinem Szepter leben.

Die Tragödie des Großherzogs Adolf Friedrich.

Die Ursache des Selbstmordes.

Die „Landeszeitung“ für beide Mecklenburg veröffentlicht an der Spitze ihres Blattes folgende Erklärung: Im den im Zusammenhang mit dem Absterben des Königs, Hohenzollern des Großherzogs Adolf Friedrich umlaufenden falschen Gerüchten entgegenzutreten, steht sich das unterzeichnete Ministerium des Großherzoglichen Hauses zu folgender Feststellung veranlaßt: Seine königliche Hoheit der Großherzog Adolf Friedrich ist in allerhöchster Zeit mit einer Prinzessin eines deutschen Fürstenhauses zu verloben, deren Namen und Liebreich diesen Eindruck auf ihn gemacht hatte. Die der Großherzog diesen seiner Meinung und seinen Verehelichungen entsprechenden Schritt unternehmen konnte, mußten zunächst Hindernisse beseitigt werden, die in einer früher beabsichtigten Verlobung, deren Verwirklichung aber wegen der Lebensfähigkeitfrage nicht möglich war, ihren Ursprung hatten. Die zur Lösung jener Verbindlichkeiten gepflogenen Verhandlungen, die längere Zeit in Anspruch nahmen und weitans schwieriger waren als erwartet werden konnte, brachten kurz auf das Gemüth des überaus geselligen und sehr abhängigen hohen Herrn. Und als schließlich in jenen Verhandlungen eine Wendung eintrat, die den Großherzog die erhoffte glückliche Lösung für fast ganz fürdet absehen ließ, benötigte sich seiner eine derartige Herauslösung über die Gehaltung seiner Zukunft, daß seine klare Intellektualität getrübt und sein Gemüth verortet wurde. Aus diesem Zustand geistiger Verwirrung ist allein der unglückliche Schritt zu erklären. Alle anderen umlaufenden Gerüchte sind gänzlich unbegründet. Mecklenburg, 4. März 1918. Ministerium des Großherzoglichen Hauses. Wofari.

Streitiger Protest gegen eine Vereinigung der Großherzogin.

Zur Frage der Thronfolge veröffentlicht die nationalberativen Wahlvereine für Mecklenburg-Strelitz in der „Landeszeitung“ einen Aufruf, in dem es heißt, daß die Einverleibung in Mecklenburg-Schwedern eine schwere Schädigung für das Land, besonders die Haupt- und Residenzstadt Rostock, bedeuten würde. In einer Zeit, da das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Rechtsgrundlage für politische Abmachungen allseitig anerkannt und befolgt wird, könne man es dem Strelitzer Volk nicht zumuten, sich durch einen Vertrag, den seine Vorfahren vor mehr als 200 Jahren schlossen, gebunden zu fühlen. Die Strelitzer müßten unter allen Umständen darauf bestehen, daß ihr Land als deutscher Bundesstaat seine politische

Selbständigkeit behalte. Es sollen umgehend im ganzen Lande Unterschriften gesammelt werden für eine Petition an den Großherzog Friedrich Franz.

Meine politische Meinungen.

Was macht Dr. Helfferich? Bei der Beratung des Etats des Reichsausschusses des Innern im Hauptausschuß des Reichstages erwiderte auf eine Anfrage nach den Zuständen Helfferichs Unterstaatssekretär Dr. Pöschel, Dr. Helfferich sei beauftragt mit der Bearbeitung derjenigen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, die für die Vorbereitung des Friedens notwendig sind. Nach längerer Ausrede wurde die durch die Telle des Reichsausschusses des Innern erforderlich gewordene Mitteilung von 12 neuen vorliegenden Fällen abgelehnt. Im übrigen wurde der Etat genehmigt.

Die Diktator der Reichstagsabgeordneten. Bekanntlich schwebt seit längerer Zeit Erwägungen über eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Reichstagsabgeordneten, die der verneinten Behaltenshaltung und insbesondere den wertvollen Aufwandsleistungen in Berlin entspricht. In der letzten Zeit haben mehrfach Berührungen zwischen den Parteien in dieser Hinsicht stattgefunden, und namentlich hat sich auch der Vorstand des Reichsausschusses mit der Frage beschäftigt. Voraussichtlich dürfte die noch im Laufe des gegenwärtigen Sitzungsganges zu entscheiden in der, wahrscheinlich durch Einführung von besonderen Anzeigensystemen.

Der Reichsverband der deutschen Presse und die Zensur. Der Reichsverband der deutschen Presse hielt eine Sitzung in Berlin ab. Den hauptsächlichsten Inhalt der Verhandlungen bildete eine Ausrede über die politische Zensur, die in die Annahme folgender Entschlüsse auslief: Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Presse bezieht die bestimmte Erwartung aus, daß der Reichstag über die militärische Zensur auf das politische Gebiet entschieden mitzudenken und daß er auch seine Abänderung der Zensurgesetze baldem wird, die der Sache nach die Einführung einer politischen Zensur durch politische Behörden bedeuere.

Die Amerikaner an der Westfront. Der „Morning Post“ meldet aus New York: Nach einem Bericht der „Sun“ haben am 28. Februar 220000 Mann amerikanische Truppen an der Westfront. Hinter diese Meldung wird man wohl ein großes Fragezeichen machen dürfen.

Wiederum französische Bomben auf das Erzgebirge. Am 27. Februar wurde die oberflächliche Bevölkerung wiederum durch Bombenabwürfe durch französische Bomber bedrängt. Der Bombensturz in Reims durch zwei Bomben der Bombenflugzeuge und mehrere schwere Häuser.

Attentat auf die deutsche Reichsregierung in Wien. Die „Revue“ berichtet, wurde der Versuch in der deutschen Botschaft in Wien von der Schweizer Post ein Paket mit lauter Bomben abzuwerfen, was aber durch die Wachposten mit geschickter Führung verhindert wurde. Die unglückliche Versuchung wurde schließlich zu einem Scheitern ohne Folgen. Das Schweizer politische Departement wurde durch die deutsche Botschaft von dem Falle in Kenntnis gesetzt.

Weitere Ausdehnung der englischen Front. Der „Morning Post“ meldet, daß die englische Front sich in der Richtung der westlichen Front ausdehnen wird, was eine weitere Ausdehnung der englischen Front in der Richtung der westlichen Front bedeutet.

Die Berliner Demonstrationen. In den letzten Verhandlungen in Paris wurde die Frage der Demonstrationen, welche dem Reichstag am 28. Februar in Berlin stattfanden, im Reichstag diskutiert. Die Demonstrationen wurden als ein Zeichen der Unterstützung der Regierung angesehen und wurde bemerkt, weil er die gut behandelt hat.

Die Ereignisse in Belgien. Die „Morning Post“ meldet, daß die Ereignisse in Belgien, die im Zusammenhang mit dem Einmarsch der Deutschen in Belgien stehen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich ziehen. Die Ereignisse in Belgien sind ein Zeichen der Unterstützung der Regierung und wurde bemerkt, weil er die gut behandelt hat.

Die Ereignisse in Belgien. Die „Morning Post“ meldet, daß die Ereignisse in Belgien, die im Zusammenhang mit dem Einmarsch der Deutschen in Belgien stehen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich ziehen. Die Ereignisse in Belgien sind ein Zeichen der Unterstützung der Regierung und wurde bemerkt, weil er die gut behandelt hat.

Don Stadt und Land.

Neu, 5. März.

Der Anbau der Frühkartoffel.

Der Anbau der Frühkartoffel wird allmählich in Angriff genommen. Die Frühkartoffel sind ein wichtiger Bestandteil der Ernährung und werden in großer Menge angebaut. Die Frühkartoffel sind ein wichtiger Bestandteil der Ernährung und werden in großer Menge angebaut. Die Frühkartoffel sind ein wichtiger Bestandteil der Ernährung und werden in großer Menge angebaut.

Schulferien! Das nächste Ministerium des Innern und öffentlichen Unterrichts hat, wie zu erwarten stand, angeordnet, daß wegen des Jahresfestes mit Ausnahme der Unterrichts in den Schulen heute Dienstag ausfällt. Es fanden nur kurze Schulferien statt. Ueber diese Verhältnisse ist nachfolgend.

r. Das Ergebnis des Notwendigen-Tages in Aue. Wie wir hören, ergab die Sammlungen für das Notwendigen-Tages in Aue am 1. und 2. März bisher 3400 Mk. Es sind indessen noch nicht alle Gelder eingegangen. Weitere Spenden werden noch bis 7. März in der